



**Zusammenfassung
der Ergebnisse der Sonderuntersuchung**

„IKEA DDR Aufarbeitung“

Durchgeführt von

**Ernst & Young
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Oktober 2012**

1. Grundlagen der Untersuchung

Im Mai 2012 wurde Ernst & Young Gesellschaft mit beschränkter Haftung Wirtschaftsprüfungsgesellschaft von IKEA beauftragt, eine Sonderuntersuchung mit dem Titel „IKEA DDR Aufarbeitung“ durchzuführen. Auftrag war es, zu untersuchen, ob IKEA vom Einsatz politischer Gefangener in Produktionsstätten der ehemaligen DDR und/oder der Republik Kuba im Zeitraum von 1960 bis 1990 zu Kenntnis hatte.

Im Zeitraum vom 10. Mai bis zum 3. Oktober 2012 wurden ca. 20.000 Blatt relevanter Unterlagen und Akten aus IKEA internen Archiven aus den Jahren 1960 bis 1990, rund 1.550 Blatt relevante Seiten der BStU ausgewertet und ca. 80.000 Archivalien bei den Bundes- und Landesarchiven gesichtet. Des Weiteren hat Ernst & Young 90 Gespräche mit noch aktiven und teilweise ausgeschiedenen Mitarbeitern von IKEA sowie mit Betroffenen, Beteiligten und/oder Zeitzeugen der damaligen DDR geführt. Zusätzlich wurden Fragebögen an noch aktive oder ehemalige IKEA Mitarbeiter versendet.

Um weitere Informationen zur Aufklärung der IKEA DDR Vergangenheit von beteiligten Zeitzeugen, insbesondere betroffenen Personen (ehemaligen Strafgefangenen/ehemaligen politischen Gefangenen) zu erhalten, wurde vom 25. Juni bis zum 31. August 2012 eine „IKEA DDR Aufarbeitungshotline“ implementiert. Diese Hotline umfasste unterschiedliche Eingangskanäle (Telefon, Fax, E-Mail oder Post), die als Kontaktaufnahmemöglichkeit für potenzielle Hinweisgeber dienten. Die Hotline wurde von insgesamt 75 Personen kontaktiert.

In Fällen, in denen ein Beitrag zur Aufarbeitung der DDR Vergangenheit von IKEA nur unter der Bedingung einer finanziellen Vergütung in Aussicht gestellt wurde, lehnte Ernst & Young in Rücksprache mit IKEA die Gespräche ab.

2. Der IKEA Einkaufsprozess in der ehemaligen DDR

Zu Beginn der 1960er Jahre wurde der Einkauf für die ehemalige DDR zunächst von Schweden aus geleitet und betreut, bis im Jahr 1969 erstmalig ein Repräsentant, ohne eigenes Büro, in die ehemalige DDR entsandt wurde. Ab 1977 hat die Steuerung der Einkaufsorganisation für die ehemalige DDR von Dänemark aus stattgefunden.

Die jährlichen Leipziger Messen haben dabei für IKEA eine zentrale Rolle eingenommen. Wenngleich grundsätzlich galt, dass die Außenhandelsbetriebe (AHB) als alleinige Ansprech- und Vertragspartner fungierten, sei hier, neben den Besuchen der Volkseigenen Betriebe (VEB) eine der wenigen Möglichkeiten gewesen, um mit den Kombiats- und VEB-Direktoren direkt in Kontakt zu treten. Dabei ist es wichtig anzumerken, dass die tatsächlichen Geschäftsverhandlungen bzgl. Produktion, Volumina etc. grundsätzlich zwischen den AHB und IKEA getätigt worden sind.

Als Konsequenz der anstehenden Geschäftsbeziehungen mit der ehemaligen DDR wurde am 10. September 1980 eine Repräsentanz von IKEA im Internationalen Handelszentrum in Ostberlin gegründet. Zweck dieser Einrichtung sei die Koordinierung der Ex- und Importtätigkeit zwischen IKEA und den zuständigen Außenhandelsorganen der ehemaligen DDR gewesen.

Ende der 1980er Jahre hatte IKEA mit mindestens neun AHB der ehemaligen DDR, wobei der AHB Holz & Papier der wichtigste Geschäftspartner für IKEA war, Lieferantenbeziehungen gepflegt. Die eigentliche Produktion der Waren für IKEA fand in den VEB der ehemaligen DDR statt. Grundsätzlich galt, dass IKEA zu den VEB nur unter z.T. streng reglementierten Auflagen Kontakt hatte. Besuche und Qualitätskontrollen durch das Trading Office Berlin (TOB) mussten beim jeweiligen AHB stets angemeldet und genehmigt werden. Dabei seien Mitarbeiter des zuständigen AHB grundsätzlich anwesend gewesen. Nach Aussagen von verschiedenen beteiligten Personen habe die Möglichkeit der tatsächlichen Einsichtnahme in Produktionsstätten nur in sogenannten Ausstellungsräumen und Besichtigungen von ausgewählten Betrieben stattgefunden. Im Rahmen unserer Untersuchung konnten wir auf Grundlage der uns vorliegenden Unterlagen sowie der geführten Interviews aus 117 Betriebsstätten mindestens 69 VEB mit direktem IKEA Bezug identifizieren.

Es sei darauf verwiesen, dass IKEA im relevanten Untersuchungszeitraum Möbel lediglich als Endprodukt bzw. als fertiges Möbelstück geliefert bekam.

3. Der Einsatz von Strafgefangenen in den Produktionsstätten der ehemaligen DDR

Bezüglich des Einsatzes von Strafgefangenen in den Produktionsstätten der ehemaligen DDR stellt sich die Situation nach den vorliegenden Erkenntnissen wie folgt dar: Nicht zuletzt aufgrund eines permanenten Arbeitskräftemangels, wurden auch Inhaftierte der Strafvollzugseinrichtungen (StVE) von der Staatlichen Plankommission der ehemaligen DDR für die Produktion in z.B. VEB oder StVE vorgesehen. Hierbei wurde in der DDR-Diktion offiziell nicht zwischen politischen und kriminellen Strafgefangenen unterschieden.

Der Staat bediente sich vielmehr auch rechtswidriger Inhaftierung von Personen, die nach heutigem Verständnis zu Unrecht verurteilt und inhaftiert waren. Zusammenfassend bedeutete dies, dass die StVE sowohl als Zulieferbetrieb des jeweiligen VEB dienten oder aber Arbeitskräfte direkt zur Verfügung stellten, um u. a. Möbelrollen und Beschläge anzufertigen. Wenngleich die Wertschöpfung in den VEB stattfand, so waren diese dennoch auf weitere Zulieferungen innerhalb und außerhalb der ehemaligen DDR angewiesen.

4. Herstellung von Zubehörteilen für IKEA-Artikel durch politische Gefangene in der ehemaligen DDR

Auf Basis aller vorliegenden Informationen kommt Ernst & Young zu folgender Untersuchungsergebnisse: In einzelnen Produktionsstandorten und/oder Zulieferbetrieben der ehemaligen DDR wurden, u.a. durch politische Gefangene und Strafgefangene mindestens Zubehörteile auch für IKEA-Artikel hergestellt. IKEA hatte als Organisation möglicherweise ab dem Jahre 1978, spätestens aber ab dem Jahre 1981, Kenntnisse über den möglichen Einsatz politischer Gefangener in einzelnen der für das Unternehmen relevanten Produktionsstandorten und/ oder Zulieferbetrieben der DDR. IKEA missbilligte möglicherweise ab dem Jahre 1978, spätestens aber ab dem Jahr 1981, den möglichen Einsatz von politischen Gefangenen in einzelnen der für das Unternehmen relevanten Produktionsstandorten und/oder Zulieferbetrieben der DDR. Unter den damals vorherrschenden historischen, politischen, gesellschaftlichen und geschäftlichen Rahmenbedingungen unternahm IKEA als Organisation möglicherweise ab dem Jahr 1978, spätestens ab dem Jahr 1981 Schritte um den Einsatz von politischen Gefangenen für die Produktion von IKEA Artikeln auszuschließen.

Ernst & Young gründet seine Untersuchungsergebnisse u.a. auf folgenden Belegen:

- Nach Erinnerungen eines Bereichsleiters in der Produktion des VEBs Sitzmöbelwerk Waldheim, sei mit ca. 10 bis 12 Strafgefangenen (aber nicht mit politischen Gefangenen) für IKEA gearbeitet worden. Dem stehen Aussagen von nach eigenen Angaben ehemaligen politischen Gefangenen gegenüber, die darlegen konnten, dass sie auch in besagtem VEB an Möbeln gearbeitet hätten. Diese seien nach damals (unter den Gefangenen) vorliegendem Wissen für IKEA bestimmt gewesen.
- Ein nach eigenen Angaben ehemaliger politischer Gefangener, der anonym bleiben möchte, habe auskunftsgemäß während seiner Inhaftierung in der StVE Naumburg im Jahr 1986 bei der VEB Metallwaren Naumburg (MEWA) gearbeitet. Er habe Metallzapfen, die gestanzt wurden, in Stuhlbeine bzw. Rollfüße gesteckt, mit den Zapfen wären die Rollen an den Möbelbeinen anschließend zu befestigen gewesen. In der StVE habe man gewusst, dass man u.a. für IKEA produzierte. Es sei unter den Häftlingen bekannt gewesen. Er selbst habe Kisten gesehen, auf denen das Logo von IKEA zu sehen war. Außerdem erinnerte er sich an Beschriftungen mit einem Kürzel für IKEA. In dem Betrieb außerhalb der StVE habe er Metallschienen für Schubladen gestanzt, diese habe er später bei IKEA wiedererkannt, da sei er sich „zu 100% sicher“.
- Ein Einkäufer des TOB, erklärte im Interview, dass die Produktion in Gefängnissen nicht Bestandteil der offiziellen Strategie von IKEA war, man sich jedoch dieser Möglichkeit grundsätzlich bewusst gewesen war. Er habe Ende der 1980er laut eigenen Angaben mehrfach über das Thema gesprochen und es auch in Schweden selbst zur Sprache gebracht.

- Ein anderer IKEA Repräsentant in der ehemaligen DDR berichtete in einem Interview, im Jahre 1981 oder 1982 einen Anruf von einer IKEA Mitarbeiterin erhalten zu haben. Demnach sei er von ihr aufgefordert worden, sich bezüglich schlechter Unternehmenspresse zu der Arbeit mit politischen Gefangenen an einen Anwalt zu wenden. Letzterem gegenüber habe er erklärt keine Kenntnis vom möglichen Einsatz politischer Gefangener in den Produktionsstätten der ehemaligen DDR erlangt zu haben.
- Als Ausdruck der Missbilligung der Arbeit mit Gefangenen sei laut den Angaben des ehemaligen TOB Leiters eine Vereinbarung zwischen IKEA und dem AHB Holz und Papier getroffen worden, die vorgesehen habe, dass „nicht von geschlossenen Anstalten für IKEA produziert werden“ dürfe und dass „IKEA im Fall der Kenntnis keine Lieferungen akzeptieren“ werde.
- In einem Stadibericht vom 30. Oktober 1986 hält die Verfasserin fest, dass bei IKEA aufgrund von „Verletzungen der Menschenrechte in der DDR“ die Sorge aufgetreten sei, in „Misskredit gezogen zu werden“ und dass eine „Geschäftsschädigung“ eintreten könnte. IKEA habe deshalb zum wiederholten Male und mit Nachdruck darauf gedrängt, die Produktion eines bestimmten Möbelstücks besichtigen zu dürfen. IKEA mache mit dem wiederholten Wunsch nach Kontrollen klar, dass eine intransparente und damit möglicherweise unter Einsatz von Gefangenen durchgeführte Produktion von Seiten des Unternehmens nicht gewollt sei.
- Ein ehemaliger Mitarbeiter des TOB schilderte in einem Interview, er habe an einem Gespräch im Jahr 1988 mit dem ehemaligen Leiter TOB und dem stellvertretende Generaldirektor des AHBs Holz & Papier teilgenommen. Dieses Gespräch soll vor dem Hintergrund stattgefunden haben, dass der ehemalige Leiter des TOB eine Bestätigung seitens des AHBs Holz & Papier eingefordert habe, dass die Produktion für IKEA ohne Einsatz von politischen Gefangenen stattfinde.
- Aus einer handschriftlichen Abschrift, datiert auf 1. Juni 1989 eines ehemaligen Mitarbeiters wird an mehreren Stellen IKEA erwähnt. In diesem Dokument bezieht sich der Mitarbeiter auf Äußerungen des ehemaligen TOB Leiters, wonach dieser u.a. wissen wollte, in welchen Betrieben eventuell Produktionsstätten seien, in denen Gefangene arbeiten würden. Der IM vertritt in diesem Schreiben weiterhin die Auffassung, dass der ehemalige TOB Leiter durch wiederholtes Nachfragen bei beiden TOB Gruppenleitern seinem Anliegen Nachdruck verliehen wolle.
- Es sei darauf verwiesen, dass IKEA im relevanten Untersuchungszeitraum Möbel lediglich als Endprodukt bzw. als fertiges Möbelstück geliefert bekam.

5. Herstellung von Zubehörtteilen für IKEA-Artikel durch politische Gefangene in der Republik Kuba

Auf Basis aller vorliegenden Informationen kommt Ernst & Young zu folgender Untersuchungsergebnisse:

In einzelnen Produktionsstandorten und/oder Zulieferbetrieben der Republik Kuba wurden oder werden möglicherweise, u.a. durch politische Gefangene und Strafgefangene u.a. Möbel bzw. Möbelzubehörtteile hergestellt. Der Handel mit Kuba wurde durch die staatliche Handelsorganisation der ehem. DDR initiiert. Spätestens ab 1987 gab es multilaterale (i.e. Republik Kuba, ehem. DDR, IKEA) Absichtserklärungen, Einrichtungsgegenstände aus Kuba zu beziehen. Dies war übliche Praxis, um die Herstellung und Lieferung von Mustern zu erleichtern. Es kam zum Austausch von Mustern. Hierbei liegen Hinweise vor, wonach - nachweisbar sind 71 - Sofagarnituren produziert wurden. Mindestens eine dieser Sofagarnituren wurde in der ehem. DDR durch IKEA Mitarbeiter zur Qualitätsprüfung in Augenschein genommen. Nach Angaben verschiedener Zeitzeugen bzw. nachweislich der vorliegenden Dokumente wurde keines der Produktionsziele erreicht. Darüber hinaus liegen keine Hinweise vor, wonach IKEA über diese Inaugenscheinnahme hinaus weitere Artikel aus kubanischer Produktion zur kommerziellen Verwertung erhalten habe.

Es kann hierbei nicht ausgeschlossen werden, dass diese Muster möglicherweise unter Beteiligung von politischen Gefangenen/Strafgefangenen hergestellt wurden. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, wonach IKEA als Organisation Kenntnisse über den möglichen Einsatz politischer Gefangener in einzelnen der für das Unternehmen relevanten Produktionsstandorten und/oder Zulieferbetrieben in der Republik Kuba hatte.